



SPD Ratsfraktion Alfeld (Leine)

Bündnis 90/Die Grünen

Stadt Alfeld (Leine)
Herrn Bürgermeister
Bernd Beushausen

31061 Alfeld (Leine)



1) Dem Fraktionsvors.
in Kopie
2) Frau Pinner z.w.V.
Danke Dr. 31/05
Alfeld, den 31.05.2016

Die Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen beantragt auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses am 14. Juni 2016 und der Ratssitzung am 15. Juni 2016 folgenden Tagesordnungspunkt zu setzen:

Beschluss des Rates über die Fortsetzung der Geschäftspolitik der Wasserwerk Alfeld GmbH.

Der Rat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, dass die Wasserwerk GmbH weiterhin, das Wasser zu kostendeckenden Preisen verkauft und keine dauerhafte Gewinnerzielungsabsicht besteht.

Begründung:

Als das Wasserwerk noch als Eigenbetrieb der Stadt Alfeld geführt wurde, gab es einen Ratsbeschluss, der festlegte, dass das Wasserwerk keine Gewinnerzielungsabsicht hat. Es bestand Einigkeit, dass Wasser als Teil der Daseinsvorsorge zu kostendeckenden Preisen an die Einwohner der Stadt abgegeben wird. Diese Geschäftspolitik ist auch von der Wasserwerk Alfeld GmbH übernommen und fortgeführt worden.

In der letzten Zeit sind mögliche Bestrebungen festzustellen, diese Geschäftspolitik dahingehend zu ändern, den Wasserpreis mit Gewinn zu verkaufen, um die Verschuldung der GmbH abzubauen.

Die Veränderung der Geschäftspolitik in o.g. Sinne würde vor allem bedeuten, dass die jährlichen Investitionen eigenfinanziert werden müssten. Dies setzt ein Betriebsergebnis nach Steuern voraus, dass die jährlichen Investitionskostenhöhe erreicht. Das Betriebsergebnis vor Steuer, das durch die Kunden bzw. den Mengenpreis voll zu finanzieren wäre, wäre durch die entstehende Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer nachvollziehbar deutlich höher, als das nachsteuerliche Ergebnis.



SPD Ratsfraktion Alfeld (Leine)

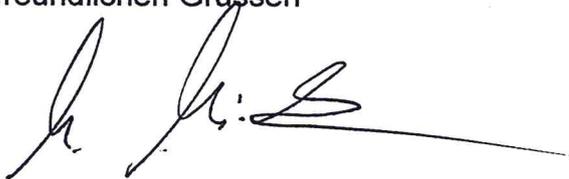
Bündnis 90/Die Grünen

Mithin würde der Kunde zur Vermeidung der Aufnahme von weiteren Darlehen und Tilgung der Altverbindlichkeiten darüber hinaus mit den entsprechenden Steueranteilen belastet werden. Er würde mithin zusätzliche Kosten zu tragen haben, die unter Berücksichtigung der bisherigen Philosophie ihm nicht entstehen.

Die dargestellte Mehrbelastung könnte bis zu 0,80 €/m³ betragen. Sie würde die jetzige Generation über Gebühr belasten.

Da die Wasserversorgung ein Teil der Daseinsvorsorge darstellt und der Bürger nicht mit Mehrbelastung konfrontiert werden soll, die zur Abdeckung von Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer dienen soll, ist es aus Sicht der SPD-Ratsfraktion zwingend erforderlich, Wasser weiterhin zu kostengünstigen Preisen unter Aufrechterhaltung der bisherigen Firmenphilosophie abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen



(Gruppenvorsitzender)